



Der Vertreter  
des Bundesinteresses beim  
Bundesverwaltungsgericht

**Bericht**  
**über die Tätigkeit**  
**des Vertreters des Bundesinteresses**  
**beim Bundesverwaltungsgericht**

im  
Geschäftsjahr 2012

Berlin, im Februar 2013

Der Vertreter des Bundesinteresses  
beim Bundesverwaltungsgericht  
Postanschrift: Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin  
Hausanschrift: Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin

Tel. (030) 18 681 – 45551  
Fax (030) 18 681 – 45892  
Internet: [www.vbi.eu](http://www.vbi.eu)  
E-Mail: [VBIAG@bmi.bund.de](mailto:VBIAG@bmi.bund.de)

## **I. Allgemeines**

Der Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht (VBI) vertritt das öffentliche Interesse des Bundes in Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht. Seine gesetzliche Grundlage hat er in § 35 VwGO:

*„Die Bundesregierung bestellt einen Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht und richtet ihn im Bundesministerium des Innern ein. Der Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht kann sich an jedem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht beteiligen; dies gilt nicht für Verfahren vor den Wehrdienstsenaten. Er ist an die Weisungen der Bundesregierung gebunden.“*

Der VBI ist im Bundesministerium des Innern als besondere Organisationseinheit eingerichtet und beim Bundesverwaltungsgericht bestellt. Als qualifizierte Einrichtung der Rechtspflege hat der VBI das Bundesverwaltungsgericht bei der Rechtsfindung zu unterstützen und im öffentlichen Interesse an der Verwirklichung des Rechts mitzuwirken. Die Vertretung des öffentlichen Interesses des Bundes (Bundesinteresse) in Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht ist in einem übergreifenden, unparteiischen Sinne zu verstehen. Gemeint sind die gesamtstaatlichen Interessen des Bundes, die die Belange der Länder und Kommunen ebenso einschließen wie die des einzelnen Bürgers.

Der VBI ist nur an die Weisungen der Bundesregierung als Kollegialorgan, nicht an die einzelner Bundesministerien gebunden. Es gilt die von der Bundesregierung als Verwaltungsvorschrift erlassene „Dienstanweisung für den Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 2002 (GMBI S. 132). Das Bundesministerium des Innern führt die Dienstaufsicht. Die nähere Ausgestaltung der Arbeitsweise des VBI kann dem als Anlage beigefügten Informationsblatt entnommen werden.

## **II. Personalausstattung**

Veränderungen in der Personalausstattung haben sich im Berichtszeitraum nicht ergeben.

Auch im Jahr 2012 hatte der VBI nicht die für die volle Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgabe erforderliche Personalausstattung. Die Nachfolge für den mit Ablauf des 31. Dezember 2010 in den Ruhestand getretenen Ministerialrat Dr. Breitkopf ist im Berichtszeitraum nicht geregelt worden. Die Stelle ist noch immer unbesetzt, so dass bei der derzeitigen Personalausstattung mit lediglich drei Juristen weiterhin weder die Terminswahrnehmung an Sitzungen des Bundesverwaltungsgerichts noch die über eine in der Regel bloße Beobachtung hinausgehende Bearbeitung erstinstanzlicher Verfahren gewährleistet werden kann.

Der VBI ist weiterhin in die Gesamtausbildungsplanung der Auszubildenden im BMI einbezogen.

### **III. Geschäftsstand**

Über den Geschäftsstand unterrichtet die beigefügte Statistik. Danach ist der Geschäftsanfall im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr von 376 auf 337 Neueingänge zurückgegangen und hat sich damit wieder der Größenordnung des Jahres 2009 (338 Neueingänge) angenähert. Der Rückgang ist insbesondere mit den gesunkenen Eingangszahlen von Verfahren aus dem Bereich des öffentlichen Dienstrechts (2. und 5. Senat) zu erklären. Die deutliche Zunahme der Eingänge von Verfahren aus dem Gebiet des Wirtschaftsverwaltungsrechts (8. Senat) ist darauf zurückzuführen, dass im Berichtszeitraum 28 Verfahren, die die Vermittlung von Sportwetten zum Gegenstand haben, beim Bundesverwaltungsgericht anhängig wurden.

Der VBI hat sich im Berichtszeitraum an 100 Verfahren beteiligt. Dies bedeutet einen Rückgang zum Jahr 2011 um 25 Beteiligungen, eine Veränderung, die im über die Jahre feststellbaren Schwankungsbereich liegt.

### **IV. Ausgewählte Verfahren**

Folgende wichtige Entscheidungen in Verfahren, an denen sich der VBI beteiligt hat, sind zu erwähnen:

Urteil vom 10. Januar 2012 – BVerwG 7 C 6.11 – zum Übergang öffentlich-rechtlicher Nachsorgepflichten eines Deponiebetreibers auf einen Dritten.

Urteil vom 12. Januar 2012 – BVerwG 7 C 5.11 – zur Frage, ob § 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG die zuständige Behörde ermächtigt, ein Tier im Wege der unmittelbaren Ausführung ohne vorausgehenden Verwaltungsakt fortzunehmen und zu veräußern.

Urteil vom 17. Januar 2012 – BVerwG 1 C 1.11 – zur Frage, ob der Aufenthaltstitel eines Ausländers durch seine Auslieferung an ein Drittland bei einer längeren Abwesenheit erlischt.

Urteil vom 25. Januar 2012 – BVerwG 6 C 9.11 – zur Zulässigkeit der Videoüberwachung der Reeperbahn auf der Grundlage des Hamburgischen Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei.

Urteil vom 14. Februar 2012 – BVerwG 1 C 7.11 – zur Zulässigkeit einer Ausweisung „verwurzelter“ Ausländer aus generalpräventiven Gründen.

Urteil vom 29. Februar 2012 – BVerwG 9 C 8.11 – zum Anbauverbot für Anlagen der Außenwerbung „längs der Bundesfernstraßen“ (§ 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 i.V.m. § 9 Abs. 6 Satz 1 FStrG).

Urteil vom 1. März 2012 – BVerwG 5 C 12.11 – zum Anspruch der Großeltern eines Kindes auf Pflegegeld gegenüber dem Träger der Jugendhilfe, wenn sie gemeinsam mit dem Kind und deren Mutter in einem Haushalt leben.

Urteil vom 20. März 2012 – BVerwG 5 C 5.11 – zur Frage der Geringfügigkeit der Überschreitung der Bagatellgrenze von 90 Tagessätzen Geldstrafe bei Einbürgerungsbewerbern (§ 12a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 3 StAG).

Urteil vom 22. März 2012 – BVerwG 1 C 3.11 – zum flüchtlingsrechtlichen Abschiebungsverbot für jüdische Immigranten aus Russland.

Urteil vom 28. März 2012 – BVerwG 6 C 12.11 – zum Fotografierverbot von Polizeibeamten des Spezialeinsatzkommandos.

Urteil vom 4. April 2012 – BVerwG 4 C 8.09 – zum Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt.

Urteil vom 26. April 2012 – BVerwG 7 C 11.11 – zum Erlöschen der dinglichen Mitgliedschaft in einem Wasser- und Bodenverband.

Urteil vom 22. Mai 2012 – BVerwG 1 C 8.11 – zur Zulässigkeit der Versagung einer Aufenthaltserlaubnis für einen anerkannten Flüchtling wegen Unterstützung des Kongra-Gel (Volkskongress Kurdistan).

Urteil vom 31. Mai 2012 – BVerwG 2 C 18.10 – zum sofortigen Pensionseinbehalt im Falle aufgeschobener Gehaltszahlung bei Beamten und Soldaten, die vor Erreichen der Altersgrenze pensioniert werden und im Ruhestand Erwerbseinkommen beziehen.

Urteile vom 31. Mai 2012 – BVerwG 3 C 12.11 u.a. – zur Einstufung einer Entscheidung der Förderbank, die im Wege der Übersendung der Vertragsunterlagen an die Hausbank verlautbart wird, als Verwaltungsakt.

Urteil vom 31. Mai 2012 – BVerwG 10 C 8.12 – zu den Voraussetzungen des Entstehens eines Daueraufenthaltsrechts von Unionsbürgern.

Urteil vom 5. Juli 2012 – BVerwG 8 C 22.11 – zur Verteilung gemeindlicher Haushaltsmittel für die Geschäftsführungstätigkeit von Stadtratsfraktionen.

Urteil vom 10. Juli 2012 – BVerwG 1 C 19.11 – zur Frage, ob eine Ausweisung ohne gleichzeitige Befristung zulässig ist.

Urteile vom 18. Juli 2012 – BVerwG 8 C 4.11 u.a. – zur Anpassung eines bereits vollständig erfüllten Vertrages nach § 60 Abs. 1 Satz 1 VwVfG.

Urteile vom 26. Juli 2012 – BVerwG 2 C 70.11 u.a. – zur Geldentschädigung an Feuerwehrbeamte in Berlin und Hamburg für rechtswidrig abverlangten Bereitschaftsdienst.

Urteil vom 2. August 2012 – BVerwG 7 CN 1.11 – zur Abgrenzung eines Wasserschutzgebiets.

Urteil vom 30. August 2012 – BVerwG 4 C 1.11 – zur Zulässigkeit der gemeindlichen Standortplanung für Mobilfunkanlagen.

Urteile vom 26. September 2012 – BVerwG 8 C 28.11 u.a. – zur Auslegung des Begriffs „gewerbliche Tätigkeit“ in § 57 Abs. 4 Nr. 1 Halbsatz 1 StBerG.

Urteil vom 27. September 2012 – BVerwG 3 C 13.11 – zur Frage, ob die Ablehnung der Erteilung einer Fahrerlaubnis zur Löschung von Punkten im Verkehrszentralregister entsprechend § 4 Abs. 2 Satz 3 StVG führt.

Urteile vom 10. Oktober 2012 – BVerwG 7 C 8.10 u.a. – zur Zuteilung von CO<sub>2</sub> Emissionsberechtigungen nach dem Zuteilungsgesetz 2012.

Urteil vom 18. Oktober 2012 – BVerwG 3 C 25.11 – zur Frage der Zulässigkeit der Selbstbedienung bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln.

Urteil vom 25. Oktober 2012 – BVerwG 7 C 17.11 – zum Begriff der Verbrennungsanlage i.S.d. § 2 Nr. 6 der 17. BImSchV.

Urteil vom 7. November 2012 – BVerwG 8 C 28.11 – zum Widerruf der Bestellung als Bezirksschornsteinfegermeister wegen außerberuflicher antisemitischer Betätigung.

Urteile vom 8. November 2012 – BVerwG 5 C 2.12 u.a. – zur Beschränkung der Beihilfefähigkeit von Arzneimitteln auf Festbeträge im bisherigen Beihilferecht.

Beschluss vom 28. November 2012 – BVerwG 6 P 11.11 – zur Frage, ob die bei einer Betriebskrankenkasse gebildete Einigungsstelle berechtigt ist, im Falle der Schließung der Kasse durch das Bundesversicherungsamt einen Sozialplan zu beschließen.

Urteil vom 13. Dezember 2012 – BVerwG 1 C 20.11 – zur Frage, unter welchen Voraussetzungen ein türkischer Drogenhändler trotz assoziationsrechtlichen Schutzes ausgewiesen werden kann.

Urteil vom 13. Dezember 2012 – BVerwG 3 C 26.11 – zur Erteilung der Heilpraktikererlaubnis bei Erblindung.

Urteil vom 13. Dezember 2012 – BVerwG 3 C 32.11 – zur Vergabe von Bodenabfertigungsdiensten auf einem Flughafen.

Der VBI hat das öffentliche Interesse des Bundes durch Beteiligungsschriftsätze und in der Regel – soweit dies vor dem Hintergrund der geschilderten prekären Personalsituation möglich war – durch zusätzliche Teilnahme an den mündlichen Verhandlungen vertreten.

## **V. Sonstiges**

Zwischen dem VBI und dem Bundesverwaltungsgericht besteht seit dem 1. Juni 2005 ein elektronischer Postaustausch. Über ein elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach werden Schriftstücke ausgetauscht. Die Aufgabenstellung des VBI macht ihn zum ständigen, institutionalisierten Kommunikationspartner des Gerichts beim elektronischen Austausch verfahrensbezogener Schriftstücke. Der VBI übermittelte wie in den Vorjahren weit über 2.000 Schriftstücke mit über 10.000 Seiten an das Bundesverwaltungsgericht; aus dem Bundesverwaltungsgericht erreichten den VBI über 5.000 Schriftstücke mit mehr als 40.000 Seiten.

Seit dem 8. Mai 2006 bietet der VBI über eine eigene Homepage dem allgemeinen Publikum öffentlich zugängliche Informationen aus seinem Bereich an ([www.vbi.eu](http://www.vbi.eu)).

Im Berichtszeitraum hat der VBI Bundesressorts, insbesondere dem BMI, seinen Sachverstand bei verwaltungsrechtlichen bzw. -prozessualen Fragestellungen vor dem Hintergrund seines gesetzlichen Auftrags zur Verfügung gestellt. Der VBI hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, an den Referatsleiterbesprechungen der Abteilung V teilzunehmen.

# **Anlagen**



## **Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht (VBI)**

- Der **VBI vertritt das öffentliche Interesse des Bundes** in Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht (§ 35 VwGO). Dabei ist die Vertretung des öffentlichen Interesses des Bundes **in einem übergreifenden, überparteiischen Sinn** zu verstehen. Durch seine Beteiligung am Verfahren trägt der VBI zur **Verwirklichung des Rechts** und **Durchsetzung des Gemeinwohls** bei.
- Der **VBI wird „beim Bundesverwaltungsgericht“ bestellt**. Mit diesem Zusatz wird seine Stellung als **Organ der Rechtspflege** hervorgehoben. Er ist Beteiligter am Verfahren, nicht Partei, und **nur an die Weisungen der Bundesregierung**, nicht an die einzelner Bundesministerien **gebunden**.
- Zur Durchführung seines gesetzlichen Auftrags kann der VBI sich an vor dem Bundesverwaltungsgericht anhängigen Verfahren beteiligen. Er äußert sich gegenüber dem Bundesverwaltungsgericht **umfassend**.
- Rechtsstellung und gesetzlicher Auftrag des VBI eröffnen der **Bundesregierung** die Möglichkeit, auch in beim Bundesverwaltungsgericht anhängigen Verfahren, an denen der Bund nicht beteiligt ist (und dies ist in der weit überwiegenden Zahl der Verfahren der Fall) zur **Klärung von Rechtsfragen**, vor allem des **Bundesrechts**, beizutragen und den jeweiligen **Kontext** darzustellen.
- Der VBI kann seiner Aufgabe nur dann gerecht werden, wenn seine **enge Zusammenarbeit mit den Bundesressorts** gewährleistet ist. Entscheidend ist dabei die **Qualität der schriftlichen Stellungnahmen**, die der VBI von den Bundesressorts zu Verwaltungsstreitverfahren erhält. Die Stellungnahmen sollten sich nicht nur mit den angesprochenen **Rechtsfragen** befassen, sondern vor allem auch **sog. „Hintergrundwissen“** an die Hand geben. Hierzu zählen etwa Hintergründe **legislatorischer Entstehungsgeschichte** oder gesetzgeberische Überlegungen, die nicht in den Protokollen der Legislativorgane zu finden sind, und **allgemeine politische Überlegungen** ebenso wie **konkrete Hinweise etwa zu finanziellen oder verwaltungspraktischen Auswirkungen**, die eine bestimmte Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts erwarten ließe.

## **Representative of Federal Interests at the Federal Administrative Court (VBI)**

- The **VBI represents the public federal interest** in proceedings before the Federal Administrative Court (Section 35 Code of Administrative Procedure). The representation of federal interests is to be understood in a **comprehensive, non-partisan sense**. Through its participation in proceedings, the VBI helps **preserve the common good** and ensure **justice is served**.
- The **VBI is appointed to serve “at the Federal Administrative Court”**. This phrase emphasizes the VBI’s status as a **body involved in the administration of justice**. The VBI takes part in proceedings but is not a party to them; he or she is bound **only by the instructions of the Federal Government**, not by those of individual federal ministries.
- In order to carry out his or her legally mandated duties, the VBI may take part in proceedings pending at the Federal Administrative Court. The VBI is to express his or her opinion to the Federal Administrative Court **completely**.
- The VBI’s legal status and legal mandate give the **Federal Government** an opportunity to help **clarify legal issues**, especially those concerning **federal law**, and present the relevant **context**, even in Federal Administrative Court cases with no federal involvement (and this is the large majority of cases).
- The VBI may carry out his or her duties properly only when his or her **close cooperation with the federal ministries** is assured. Here, the **quality of written opinions** submitted by the federal ministries to the VBI concerning proceedings in contentious administrative matters is decisive. These opinions should not only address the **legal issues** raised but should above all provide **background information**, such as the **history of certain legislation** or legislators’ considerations not found in the minutes of the legislative bodies, **general policy considerations** and **specific information, for example on financial or administrative impacts** which make a certain decision by the Federal Administrative Court more likely

**Gesamtübersicht über die Neueingänge  
sowie der Beteiligungen und Nichtbeteiligungen  
im Jahr 2012**

**Neueingänge gegliedert nach Senaten beim Bundesverwaltungsgericht und Verfahrensarten**

A. Verfahrensart	Senat												Summe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	Fachsenat	D	
A, F - Verfahren	0	5	0	3	1	2	25	0	23	0	11	0	70
B, BN, AV - Verfahren	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
C, CN, P - Verfahren	17	20	22	19	33	34	33	56	7	14	1	0	256
VR, D - Verfahren	0	6	0	0	0	1	1	0	1	0	0	1	10
Summe	17	32	22	22	34	37	59	56	31	14	12	1	337

**Neueingänge gegliedert nach Senaten beim Bundesverwaltungsgericht und Aufgabenbereichen beim VBI**

B. Aufgabenbereich	Senat												Summe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	Fachsenat	D	
1	0	0	0	0	22	0	0	0	0	0	0	0	22
2	0	0	22	0	2	0	59	56	0	0	0	0	139
3	0	32	0	0	10	0	0	0	0	0	12	1	55
4	17	0	0	22	0	37	0	0	31	14	0	0	121
Summe	17	32	22	22	34	37	59	56	31	14	12	1	337

Beteiligungen: 100

Nichtbeteiligungen: 206

**Entwicklung der Neueingänge  
gegliedert nach Rechtsgebieten  
für die Jahre 2011 / 2012**

<b>Rechtsgebiete</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Öffentliches Dienstrecht	94	43
Wirtschaftsverwaltungsrecht	7	32
Ausländerrecht	17	22
Straßen- und Wegerecht	21	19
Bau- und Bodenrecht	14	17
Recht des Baus von Wasserstraßen	7	16
Umweltschutzrecht	9	13
Schienenwege- und Eisenbahnkreuzungsrecht	4	13
Verf. nach § 99 Abs. 2 VwGO i.V.m. § 189 VwGO	14	12
Post- und Telekommunikationsrecht	9	11
Jugendhilfe und Jugendschutzrecht	5	9
Personalvertretungsrecht	15	8
Vermögensrecht	14	8
Erschließungs- und Erschließungsbeitragsrecht	9	8
Asylrecht	10	7
Recht der freien Berufe	1	6
Verkehrswirtschafts- und Verkehrsrecht	11	5
Recht des Ausbaus von Energieleitungen	0	5
Gesundheitsverwaltungsrecht	10	4
Informationsfreiheitsrecht	9	4
Rundfunk-, Film-, Filmförderungs- und Presserecht	7	3
Recht der Anlegung von Flugplätzen	6	1
Tier- und Pflanzenschutzrecht	9	0
Waffenrecht	7	0
Sonstige Rechtsgebiete	67	71
<b>Insgesamt</b>	<b>376</b>	<b>337</b>

# Geschäftsverteilungsplan

**Der Vertreter des Bundesinteresses  
beim Bundesverwaltungsgericht**

**Stand: 1. Januar 2013**

**Leitung: Ministerialrat Bohm (VBI)  
App.: 45541**

<u>Aufgabenbereich 1</u>		<u>Aufgabenbereich 2</u>		<u>Aufgabenbereich 3</u>		<u>Aufgabenbereich 4</u>	
<b>MinR Bohm</b> App.: 45541		<b>RD Dr. Dr. Sandler</b> App.: 45542		<b>NN</b> i.V. MinR Bohm		<b>MinR Stamm</b> App. 45543	
	Senat		Senat		Senat	<i>Vertreter des VBI</i>	
Fürsorgerecht	5.	Lastenausgleichsrecht	3.	Recht des öffentlichen Dienstes	2. und 5.	Ausländerrecht	1. und 10.
Kriegsopferfürsorge	5.	Recht des Treuhandgesetzes, des Kommunalvermögensgesetzes und des Vermögenszuordnungsgesetzes	3.	einschließlich des Beamten- disziplinarrechts, des Dienstrechts der Soldaten sowie des Rechts der		Entschädigungsrecht nach Art. 8 des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichts- verfahren und strafrechtlichen Ermittlungsver- fahren (Bund)	1.
Schwerbehindertenrecht	5.	Recht zur Bereinigung des SED-Unrechts	3.	Wehrpflichtigen und der Zivil- dienstpflichtigen			
Mutterschutzrecht	5.	Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrecht	3.			Bau- und Bodenrecht	4.
Jugendhilfe und Jugendschutz	5.	Jagd- und Fischereirecht	3.	Entscheidungen nach § 99	Fachsenat	Raumordnungsrecht	4.
Ausbildungs-, Graduierten- und Berufsbildungsförderung	5.	Gesundheitsverwaltungsrecht	3.	Abs. 2 VwGO	nach § 189 VwGO	Recht der Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung	4.
Wohnungs-, Wohngeld- und Mietpreisrecht	5.	Land- und Forstwirtschaftsrecht	3.	Beamtendisziplinarsachen	D-Senat	Kleingartenrecht	4.
Heimkehrer- und Kriegsge- fangenenentschädigungsrecht	5.	Verkehrswirtschafts- und Verkehrsrecht	3.	nach der Bundesdisziplinar- ordnung		Sonstiges Fachplanungsrecht	4.
Vertriebenenrecht	5.	Förderung gewerblicher Wirtschaft	3.			Ordnungsrecht, soweit mit vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängend	4.
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	5.	Tierzucht- und Tierseuchenrecht	3.			Recht der Anlegung und des Betriebes von Flugplätzen	4.
Staatsangehörigkeitsrecht	5.	Tierschutz- und Pflanzenschutzrecht	3.			Natur- und Landschaftsschutzrecht	4.
Entschädigungsrecht nach Art. 8 des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsver- fahren (Länder)	5.	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz	5.			Denkmalschutzrecht	4.
		Umweltschutzrecht	7.			Wehrpflicht- und Zivildienstrecht	6.
		Gentechnikrecht	7.			Recht der Kriegsdienstverweigerung	6.
		Abfall- und Bodenschutzrecht	7.			Personal- und Richtervertretungsrecht	6.
		Bergrecht	7.			Schul-, Hochschul- und Wissenschaftsrecht	6.
		Recht des Baus von Wasserstraßen	7.			Prüfungsrecht	6.
		Wasser- und Deichrecht	7.			Staatskirchenrecht	6.
		Atomrecht	7.			Jugendmedienschutzrecht	6.
		Recht der Abwasserabgaben	7.			Rundfunkrecht	6.
		Informationsfreiheitsrecht	7.			Post- und Telekommunikationsrecht	6.
		Recht der Anlegung von Schienenwegen und Eisenbahnkreuzungsrecht	7.			Eisenbahnrecht	6.
		Recht des Ausbaus von Energieleitungen	7.			Vereins- und Versammlungsrecht	6.
		Recht zur Regelung offener Vermögensfragen	8.			Waffenrecht	6.
		Wirtschaftsverwaltungsrecht	8.			Wahlrecht und Recht der politischen Parteien	6.
		Recht der freien Berufe und Kammerrecht	8.			Recht der Verfassungsschutzbehörden und Nachrichtendienste	6.
		Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersvorsorge	8.			Bundesgleichstellungsgesetz	6.
		Kommunalrecht	8.			Parlamentsrecht	6.
		Heimrecht	8.			Polizei- und Ordnungsrecht	6.
		Währungs- und Umstellungsrecht	8.				
						Straßen- und Wegerecht	9.
						Erschließungs-, Erschließungsbeitrags- und Straßenbaubeitragsrecht	9.
						Flurbereinigungsrecht	9.
						Abgabenrecht	9.
						Asylrecht	10.
		<b>Der Vertreter d. Bundesinteresses b. BVerwG</b> Alt Moabit 101 D, 10559 Berlin Internet: <a href="http://www.vbi.eu">www.vbi.eu</a>		<b>Telefon: +49 (0)30 18681 - (App.)</b> <b>Telefax: + 49 (0) 18681 - 45892</b> <b>E-Mail: <a href="mailto:VBIAG@bmi.bund.de">VBIAG@bmi.bund.de</a></b>			